

Protokolleintrag vom 11.03.2015

2015/71

Postulat von Felix Moser (Grüne) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 11.03.2015: Verzicht auf eine Helikopter-Unterstützung bei der Bewirtschaftung der Waldgebiete der Stadt

Von Felix Moser (Grüne) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) ist am 11. März 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in dem von der Stadt Zürich bewirtschafteten Wald auf Helikopter-unterstützte Holzerei-Arbeiten verzichtet werden kann. Eine Ausnahmeregelung soll bloss für diejenigen Gebiete in Erwägung gezogen werden, die aus topografischen Gründen nicht anders erschlossen werden können.

Begründung

Zur Bewirtschaftung der Waldgebiete der Stadt Zürich müssen Bäume gefällt werden. Für solche Holzerei-Arbeiten kommen regelmässig auch Helikopter zum Einsatz, wie der Antwort des Stadtrats auf die Schriftliche Anfrage (GR Nr. 2014/115) zu entnehmen ist. Aktuell werden zum Beispiel am Zürichberg im Peterstobel Holzerei-Arbeiten mit Helikopter-Unterstützung durchgeführt.

Angesichts der hohen Kosten und der umstrittenen Umweltverträglichkeit von Holzschlag mit Helikopter-Unterstützung auf dem gut erschlossenen Stadtgebiet, erscheint der Einsatz dieser Technik für Waldarbeiten in Zürich weitgehend fraglich. Hinzu kommt, dass der Lärm zu unnötigen Beeinträchtigungen der Bevölkerung führt, die mittels Anwohner-Informationen entsprechend im Voraus benachrichtigt werden müssen.

Der Nutzen von Holzschlag mit Helikopter-Unterstützung auf dem Gebiet der Stadt Zürich ist aus ökologischer und finanzieller Sicht zweifelhaft. Dies zumal verschiedene Alternativen zur Verfügung stehen: So kann weiterhin konventionell mit Traktoren oder in steilen Gebieten mit Seilbahnen gearbeitet werden. Auch der Einsatz von Pferden – wie er Medienberichten zufolge in Winterthur stattfindet – könnte eine umweltverträgliche und flexible Lösung darstellen. Schliesslich könnte man Totholz vermehrt liegen lassen und somit einen Beitrag zur Sicherung der Biodiversität leisten.

Mitteilung an den Stadtrat